

DEUTSCHE BAUZEITUNG

Illustrierte Wochenschrift für Baugestaltung, Bautechnik
Stadt- und Landplanung • Bauwirtschaft und Baurecht

Berlin SW 19
13. März 1935

Heft **11**



München verbessert sein Stadtbild

Vorbildliche Lösungen
städtebaulicher Aufgaben

Dr.-Ing. Gut
StadtbauDirektor, München



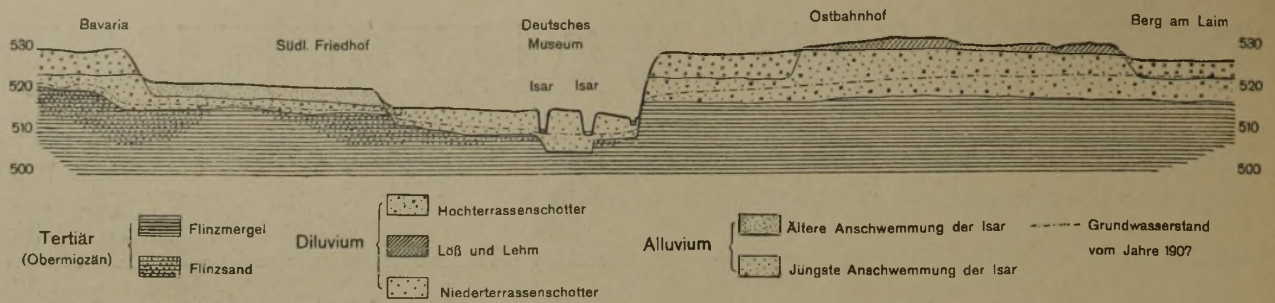
1 und 2 Beispiele für die München kennzeichnende, städtebaulich besonders zu beachtende Terrassenbildung in der Isarlandschaft

Die Stadt München ist seit einiger Zeit damit befaßt, eine große Zahl städtebaulicher Probleme — in erster Linie solche, die durch die gewaltige Entwicklung des Verkehrswesens bedingt sind — einer vorbildlichen Lösung zuzuführen. Einen ausgezeichneten Überblick über diese Aufgaben gewährte ein Vortrag, den kürzlich der Leiter des Münchener städtischen Bauwesens, Stadtrat und Oberbaudirektor Fritz Beblo, im Rahmen der von den technischen Organisationen Münchens gemeinschaftlich ins Leben gerufenen Veranstaltungen auf Veranlassung des Münchener Architekten- und Ingenieurvereins und der Arbeitsgemeinschaft Bayern der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung gehalten hat. Der Vortrag war für die technische Fachwelt durch die darin entwickelten städtebaulichen Grundsätze von besonderer Bedeutung, wenn er diese Gesetze auch ausschließlich aus der Fülle des städtebaulichen Aufgabenkreises der Stadt München belegte; darüber hinaus erläuterte und begründete er aber die auf weite Sicht abgestellten Pläne der Geburtsstadt der nationalsozialistischen Bewegung auf dem gekennzeichneten Gebiet in ihren großen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenhängen und wirkte so beispielhaft weit über die Grenzen Münchens hinaus.

Oberbaudirektor Beblo ging von dem Satz aus, daß alles städtebauliche Gestalten in den örtlichen Gegeben-

heiten und Eigenheiten begründet sein müsse: ein allgemein gültiges städtebauliches Gesetz, das für München seine ganz besondere Bedeutung hat. Werden doch hier, mehr noch als in vielen anderen Städten, Form und Charakter der Stadtentwicklung durch das eigenartige Bodenrelief bestimmt (Bild 1, 2 und 3). Das lehrt besonders auch ein Vergleich mit der Stadt Stuttgart. Die Altstadt von Stuttgart liegt in einem verhältnismäßig schmalen Talkessel. Am Rande dieses begrenzten Tieflandes sah sich die werdende Großstadt genötigt, stetig amphitheatralisch die anschließenden Anhöhen hinaufzuklettern. Der Entwicklung einer Großstadt setzt diese Bodengestalt erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Das Bodenrelief der Stadt München ist von dem der Stadt Stuttgart gänzlich verschieden, und jedenfalls für die Entwicklung einer Großstadt wesentlich günstiger und geeigneter.

München liegt auf einer gewaltigen, gleichmäßig nach Norden abfallenden Geröllebene mit terrassenförmig ausgebildeten Einschnitten (Bild 3). Diese bieten mit ihren verschiedenen Höhenschichten reiche Möglichkeiten, die Stadtförmigkeit vor Einförmigkeit und Ode zu bewahren. Schönheit und Eigenheit des Stadtbildes von München werden um so mehr gesteigert werden können, je besser diese Terrassenbildung beachtet, je sorgfältiger sie sowohl in der Führung der Straßenzüge als auch im



3 Das geologische Querprofil von München

Nach Dr. Münichshofer

architektonischen Aufbau ausgewertet wird. Die Erhaltung der Steilhänge und die klare Herausarbeitung der sich im Osten und Westen ergebenden Terrassenränder sind für das Stadtbild von größter Bedeutung (Bild 1 und 2).

Bei den in München gegebenen örtlichen Verhältnissen, bei denen die Höhenlinien im wesentlichen parallel zur Isar, d. h. in Nord-Süd-Richtung, verlaufen, schmiegen sich die Straßenzüge am leichtesten dieser Nord-Süd-Tendenz an. Die Straßen in der Ost-West-Richtung widerstreben dieser Bodengestaltung und müssen sich dort, wo sie auf den Steilhang stoßen, irgendwie mit dem Bodenrelief auseinandersetzen, da ja die Gefällsverhältnisse des Steilhangs oder der Terrassenabsätze meist andere sind als die den Verkehrsbedürfnissen entsprechenden Steigungen. Wenn der Straßenbauingenieur danach strebt, das für den Fahrverkehr günstigste Steigungsverhältnis zu erreichen und dabei genötigt ist, in die von der Natur gegebene Bodengestalt einzugreifen, tritt er sehr oft zu den Forderungen in Gegensatz, die zur Erzielung eines schönen und kennzeichnenden Stadtbildes gestellt werden müssen. Dabei bringt die geographische Lage Münchens gerade in der Richtung Ost-West wichtige Durchgangsverbindungen mit sich.

Für eine Verkehrsstraße gibt es zwei Ausführungsarten zur Überwindung dieser Terrassenunterschiede: 1. Die Durchschneidung senkrecht zum Hang (Beispiel: Bild 4, Gabsattelberg): sie bildet zwar den kürzesten, aber auch den steilsten Weg, bietet jedoch den großen Vorteil, den aussichtsreichen oberen Spazierweg parallel zum Hang ohne Unterbrechung über die Verkehrsstraße hinweg durchführen zu können, während die Bebauung einer solchen Durchstichstraße mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. 2. Die Serpentin-

oder Rampenstraße: sie biegt als Ost-West-Straße am Fuße des Hanges nach Süden oder Norden ab und erklimmt den Steilrand in S-Kurven in der Richtung der Hangwelle selbst, um schließlich oben wieder die Ost-West-Richtung aufzunehmen. Bei dieser Lösung wird die Aussichtsstraße am Hangrand in unliebsamer Weise durchbrochen. In beiden Fällen sind Fahrverkehr und Fußgängerverkehr einander feindliche Elemente. Aufgabe des Städtebauers ist es, unter Wahrung der berechtigten Interessen des Fahrverkehrs seine schützende Hand auch über den Fußgänger zu halten. In den Außenbezirken, desgleichen über große Strecken der Innenstadt, ist es in München in seltenem Maße gelungen, diese Steilränder weitgehend zugunsten der Spaziergänger vor Bebauung zu bewahren und die durch schöne Grünflächen und Baumbestände ausgezeichneten Hänge selbst zu erhalten (Bild 1 und 2). Überall dort aber, wo dieser Grundsatz durchbrochen wurde, sind Dinge entstanden, die als für das Stadtbild schädlich empfunden werden müssen. Das Münchener Stadtbauamt ist bemüht, wo es irgend erreichbar ist, die unmittelbar am Steilrand verlaufenden Fahrstraßen auszumerken und in das rückwärtige Gelände zu verlegen, die Randstreifen aber als schöne Spazierwege auszubilden.

So soll z. B. auf der Strecke von der Auffahrtrampe über dem Candid-Platz bis zum alten Kirchlein oberhalb des Tierparkes in Harlaching (Bild 5) an die Stelle des zur Zeit noch bestehenden Fahrweges ein reiner Spazierweg treten. Künftig wird die parallel laufende rückwärtige Straße der Zufahrtsweg sein. Die Wohnhäuser schließen sich an diese rückwärtige Straße an. Ihre Gärten öffnen sich gegen den Hangweg. Damit wird das Befahren des eigentlichen Hangweges unterbunden, und es entsteht ein durchlaufender Anlagenstreifen, an welchen sich seitlich die Gärten als Begren-



4 Gabsattelberg. Beispiel für eine Verkehrsstraße in der Ost-West-Richtung, die den Steilhang senkrecht zum Hang erklettert. Die obere Hauptstraße ist über eine Brücke geführt

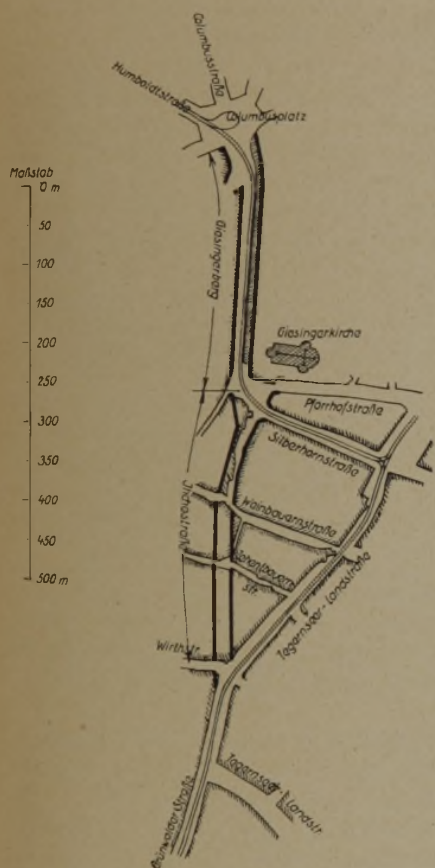


5 Anlage eines Hangweges. Im Norden die Stadt, im Süden der Vorort Harlaching. Der Hangweg für Spaziergänger führt unmittelbar am Steilhang entlang

zung anschließen. Mit dieser Maßnahme ist ein Spazierweg von seltener Schönheit mit prächtigen Ausblicken gesichert. Der eigentliche Hangabfall wird selbstverständlich von der Bebauung gänzlich freigehalten. Es wird Aufgabe der Zukunft sein, diesen Gedanken auch auf der Strecke vom Giesinger Berg bis zum Müllerbad an der Ludwigsbrücke und den Gasteiganlagen planmäßig weiterzuführen.

Für alle Bauten am Steilhang erwachsen, weil sie im Stadtbild besonders hervortreten, besondere Forderungen. Zur Zeit Ludwigs I. und in der Folgezeit hat man gern die Vorteile des Steilhanges in besonders schöner Weise durch Monumentalbauten zur Geltung gebracht (z. B. Maximilianeum in der Verlängerung der Maximilianstraße, Friedenssäule in der Verlängerung der

Übersichtsskizze



6 Umbau des Giesinger Berges
Durchführung der Ichostraße

Prinzregentenstraße, Ruhmeshalle mit Bavaria an der Theresienwiese). Später wurde die städtebauliche Bedeutung dieser Hänge weniger beachtet, ja es sind längs der Steilränder Bauten entstanden, deren Vorhandensein heute wohl jeder Einsichtige bedauert. Es bedarf deshalb an diesen bevorzugten Stellen unter anderem ansehnlicherer Breiten der Grundstücke und ausreichender Zwischenräume für Baumgruppen. Wenn solche Breiten nicht zu erreichen sind, so müssen sich die Einzelhäuser etwa zu dreien oder vierten in einen einheitlichen und schönen geschlossenen Baukörper zusammenschließen in der Art, daß dann zwischen den bebauten Grundstücken breite Abstände entstehen. Es geht nicht an, daß in diesen Lagen alle Möglichkeiten der Baupolizeiordnung bis aufs letzte ausgewertet werden. Der Architekt darf sich nicht allein als Treuhänder seines Bauherrn betrachten, sondern in erster Linie als Treuhänder der Allgemeinheit. Er muß sich so viel Selbständigkeit bewahren, daß er diese Allgemeininteressen seinem Geldgeber gegenüber durchsetzt. Der Deutsche hat sich zu sehr



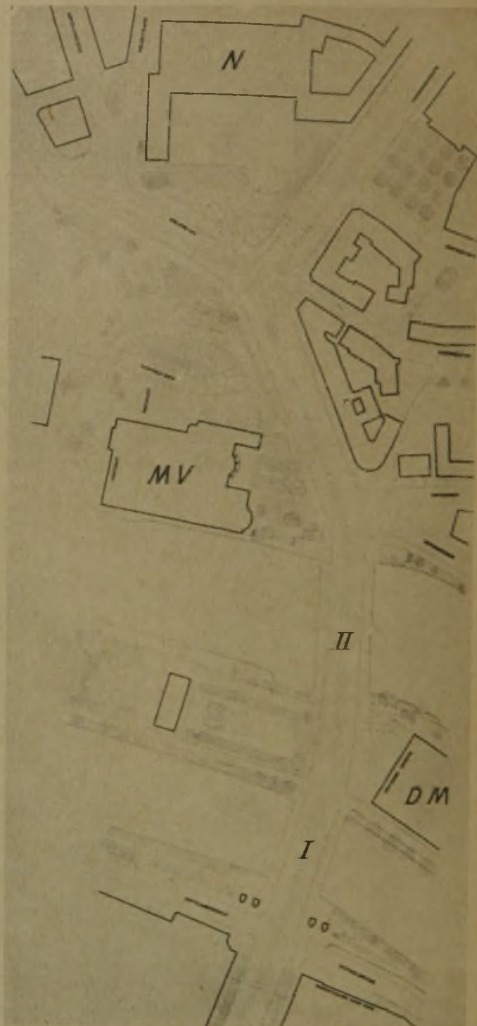
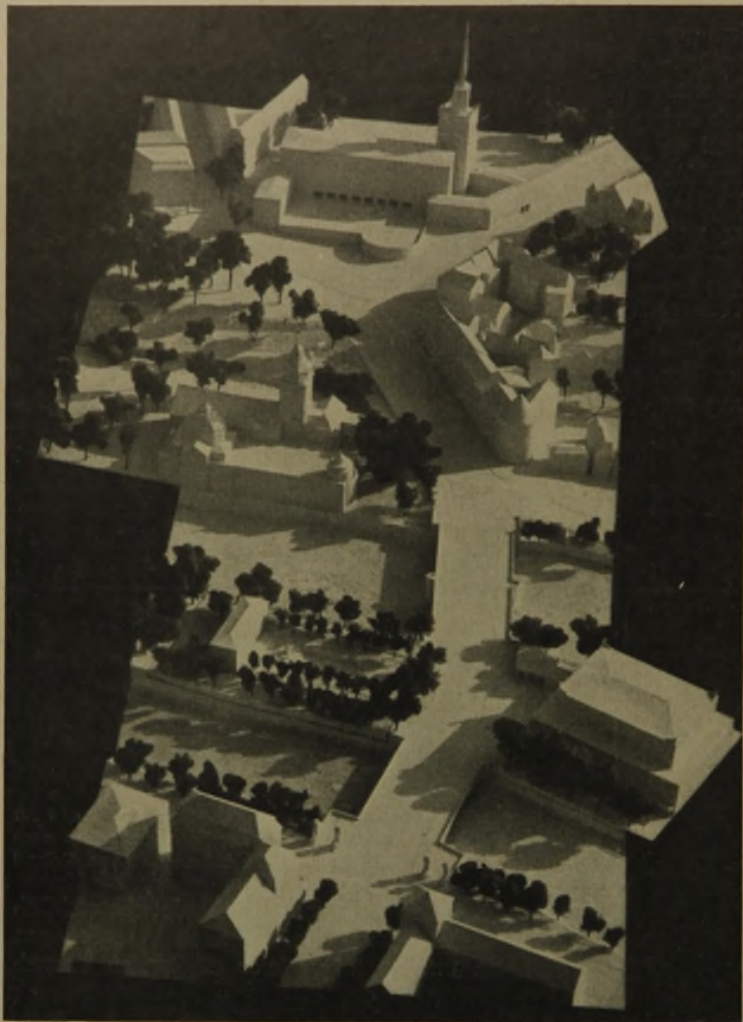
7 Durchbruch der Ichostraße von der Giesinger Bergstraße zur Tegernseer Landstraße. Blick vom Turm der Giesinger Kirche nach Süden auf die neue Ichostraße und die Lutherkirche von Grössl

daran gewöhnt, daß er, wenn Übelstände offensichtlich werden, zunächst einmal den Ruf nach Verordnungen und Verboten ertönen läßt. Auch die besten Verord-



8 München vom Flugzeug aus

Obwohl das Bild aus großer Höhe aufgenommen und daher in Einzelheiten undeutlich ist, kann man den wichtigen Ost-West-Straßenzug deutlich erkennen, der vom Hauptbahnhof (unten Mitte) über den Karlsplatz durch die innere Stadt (Frauenkirche bleibt links) über den Marienplatz durch das Tal zur Isar über die Ludwigsbrücken (rechts Deutsches Museum) zieht und dann (im Bilde nicht mehr sichtbar) über den Rosenheimer Berg nach Ramersdorf (Anschluß der Reichsautobahn München-Salzburg) führt. Das Luftbild (Hansa-Luftbild München 6088) ist vom Reichluftfahrtministerium freigegeben



9 und 10 Neubau der Ludwigsbrücken über die Isar und Neugestaltung ihrer Umgebung (Norden: links)

Blick von der Zweibrückenstraße über die Brücken nach der Rosenheimer Straße. I = Innere Ludwigsbrücke, II = Äußere Ludwigsbrücke, DM = Deutsches Museum mit dem geplanten neuen Anbau zur Herstellung einer organischen Verbindung zwischen Museum und Brücke. Gegenüber (links) der Vater-Rhein-Brunnen. Noch weiter links der als Hintergrund des Brunnens geplante Neubau (vielleicht ein Kaffeehaus). MV = Müllersches Volksbad. N = geplanter Neubau mit heute noch unbekannter Zweckbestimmung als Blickpunkt von der Brücke her

nungen und behördlichen Maßnahmen werden immer dem Schlaun und Eigennützigem ein Hintertürchen offen lassen. Die besten Ergebnisse hinsichtlich städtebaulich guter Gesamterscheinungen hat man nach dem Kriege bei den Bauten auf genossenschaftlicher Grundlage feststellen können. Anscheinend ist es auch heute nur auf diesem Wege möglich, kulturell befriedigende Gesamtbilder zu schaffen. In München soll in Zukunft auch bei Einzelparzellierungen versucht werden, zu einem genossenschaftlichen Bauen zu kommen. Es wäre das ein außerordentlicher Fortschritt, und jeder, der Besserung und kulturellen Fortschritt ersehnt, muß derartigen Bestrebungen den besten Erfolg wünschen.

Ein interessantes Beispiel für die Überwindung eines Steilhanges durch eine Hauptverkehrsstraße in der Ost-West-Richtung ist der Ausbau des Giesinger Berges, der zur Zeit durchgeführt wird. Die Bauvornahme ist ein Glied des großen Programms zur Verbesserung der Münchener Verkehrsverhältnisse, das von der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion aufgestellt wurde. Beim ersten großen Umbau dieser Bergstraße glaubte man sicher, daß die Straßenbreiten für lange Zeit dem Verkehr reichlich genügen würden, sonst hätte man es niemals zugelassen, daß an der Talseite, also im Zuge der äußeren Futtermauer, große Mietkasernen emporkamen, welche ein späteres Ausweiten der Straße abriegelten. Es haben sich seither, insbesondere

seit der außerordentlichen Steigerung des Radfahrer- und Autoverkehrs, an der oberen Kurve viele Unglücksfälle ereignet. Im wesentlichen waren sie durch den Umstand verursacht, daß der zu Tal Fahrende in Ermangelung einer besonderen Fahrbahn an der Bergseite auf die Gleise der Straßenbahn gedrängt wurde.

Die nunmehr vorgenommene Verbesserung der Rampestraße beruht darauf, daß auf der Bergseite neben dem Straßenbahngleis noch eine freie Fahrbahnbreite hinzugefügt wurde. Das konnte nur in der Weise geschehen, daß man den Berg entsprechend anschnitt (Bild 6). Mit der Verbreiterung der Hangstraße ist die Ausführung aber nicht abgeschlossen, sondern es wird zugleich in gradliniger Verlängerung der Bergstraße ein Straßendurchbruch durchgeführt, die sogenannte Ichostraße (Bild 6 und 7). Diese neue Straße wird künftig den Fahrverkehr schon wesentlich weiter südlich von der Tegernseer Landstraße ableiten, was jetzt erst bei der Post der Fall ist, während die Straßenbahn ihren alten Weg beibehält. Es werden damit die sehr ungünstigen Verkehrsverhältnisse an der Kreuzung Silberhorn- und Tegernseer Landstraße ganz wesentlich verbessert. Aber nicht nur eine Verkehrsverbesserung wird durch die geschilderten Maßnahmen erreicht, sondern es ist auch in rein städtebaulich-ästhetischer Beziehung ein recht anmutiges, interessantes Stadtbild durch den Blick auf zwei Kirchen, der durch die neue Straße eröffnet wird (Gie-

singer Kirche und Lutherkirche von Grüssel), neu im Ent- stehen begriffen.

Eine weitere verkehrstechnische Aufgabe mit starkem städtebaulichen Einschlag, insbesondere auch in bezug auf die Erhaltung landschaftlicher Schönheiten, ist die Entlastung des Nord-Süd-Zuges durch die Altstadt (Siegstor—Marienplatz—Sendlinger Tor). Nach einem Vorschlag des Vorsitzenden der Stadt- ratsfraktion, Präsidenten Weber, wird diese Entlastung durch die Schaffung einer günstigen Fahrverbindung von der Leopold- und Ungererstraße her durch die Dietlinden- straße, fortlaufend am Südrand des Biedersteiner Parkes, am Nordrande des Kleinhesseloher Sees, am Ostrande des Eglischen Gartens bis zur Isar, entlang den be- kannten Uferstraßen bis zur Braunauer Brücke, dann im Zuge der Isartalstraße und der Maria-Einsiedel-Straße mit Anschluß an die Wolfratshauer Straße erreicht wer- den. Dieser Verkehrszug wird der Sammler, der die Aus- fallstraßen im Norden der Stadt sowie jenseits der Isar erfaßt und den Verkehr sowohl in das Isartal wie an das Ostufer des Starnberger Sees und nach Garmisch weiter- leitet. Die Straße hat den großen Vorzug, daß sie frei von Straßenbahngleisen am Rande der Altstadt verläuft und innerhalb der Stadt mit verhältnismäßig geringen Eingriffen in landschaftlich begünstigtes Gelände durch- führbar ist.

Der Verkehrsplan der Stadt zeigt eine große Zahl wich- tiger Fern- und Ausfallstraßen, die radial dem Kern der Stadt zustreben. Dazu kommen die Reichsautobahnen Salzburg—München und Stuttgart—Ulm—München so- wie die künftige Fernstraße zum Ostufer des Starnberger Sees. Zur Entlastung der inneren Stadt vom Verkehr dieses Straßennetzes sind Ringverbindungen und Umleitungswege im äußeren Bezirk der Stadt vorgesehen. Sie werden aber immer nur zu einem Teil Abhilfe schaffen können. Daher ergibt sich die drin- gende Aufgabe, die Verkehrsverhältnisse auch im Innern der Stadt, soweit möglich, zu verbessern. Das größte Problem bildet hier der Ost-West-Zug Reichsauto- bahnhof Ramersdorf—Rosenheimer Straße—Marienplatz

—Bahnhofplatz—Landsberger Straße (Bild 8). Vor- und Teilarbeiten für diese große Aufgabe waren bzw. sind die Herstellung der Zubringerstraßen vom Reichsauto- bahnhof, die Verbreiterung der Donnersberger Brücke, der Ausbau der Rosenheimer Straße, der Durchbruch der Corneliussstraße, der kommende Ausbau der Landsberger Straße und nicht zuletzt die bereits durchgeführte Ver- besserung der Verkehrsverhältnisse beim Alten Rathaus sowie der Neubau der Ludwigsbrücken und deren An- schluß an die Rosenheimer Straße. Hier sind bauliche Probleme von ganz ungewöhnlichem Ausmaß, die außer- dem eine besonders große Zahl von technischen Schwie- rigkeiten aller Art aufweisen, vorbildlich gelöst worden und teils bereits durchgeführt, teils in der Durchführung begriffen, deren endgültige Meisterung eine städtebau- liche Großtat von bewunderungswürdigem Ausmaß sein wird. Besonders die neuen Ludwigsbrücken (Bild 9 und 10) mit der geplanten Lösung des städtebau- lichen Anschlusses des Deutschen Museums, die beabsich- tigte Ausbildung der Kohleninsel zwischen den beiden Ludwigsbrücken — hier soll beim Vater-Rhein-Brunnen ein einzigartiges Kaffeegelände entstehen —, der Isarstau- see an der Ostseite des Deutschen Museums und schließ- lich die Ausgestaltung des Rosenheimer Bergs, die land- schaftlich und städtebaulich hervorragend zu werden ver- spricht, dürften Sehenswürdigkeiten ersten Ranges wer- den. Hier entsteht ein Stadtbild von eigener Prägung und seltener Schönheit. Was man aber bei der Durch- führung dieser städtebaulichen Maßnahmen besonders bewundern muß, das ist die Großzügigkeit der national- sozialistischen Planung, die Energie und der Schwung, mit der sie unter der Führung des Münchener Oberbürger- meisters Fiehler und des Fraktionsvorsitzenden, Prä- sidenten Weber, durch das Stadtbauamt unter der zielbewußten und künstlerisch feinfühligsten Leitung des Oberbaudirektors Beblo durchgeführt wird.

Es handelt sich nicht um kleinliche Lösungen, bei denen hier und dort etwas geflickt oder verbessert wird, son- dern durchweg um Pläne auf weite Sicht, getragen von weitblickenden Erwägungen, deren Vollendung München zum Reiseziel zahlreicher Fachgenossen machen wird.

Wettbewerb Braunschweig-Lehndorf

Preisgekrönte Entwürfe einer zentralen Platzanlage

Die Gemeinschaftssiedlung Lehndorf¹ ist die erste ein- heitliche Wohnsiedlung großen Ausmaßes im Westen der Stadt, der erst später eine Wohnsiedlung etwa gleichen Ausmaßes am Timmerlaher Busch und eine kleinere auf dem höchstgelegenen Teil der Weststadt, dem sogenann- ten Weinberg, folgen sollen. Von der letzteren führen zum Kern und Mittelpunkt des Lehndorfer Siedlungs- gebietes, welches etwa den höchstgelegenen Teil der Gemeinschaftssiedlung umfaßt, Verkehrs- und Grünver- bindungen hinüber, die damit die beherrschende Lage der beiden Mittelpunkte und ihre optische Beziehung unterstreichen.

Weitere Grünverbindungen führen vom Wettbewerbs- gebiet aus nordwestlich zum „von Pawelschen Holz“ und südöstlich nach der Stadtmitte zur Hildesheimer Straße und einem am Zusammenschnitt dieser Grünverbindung

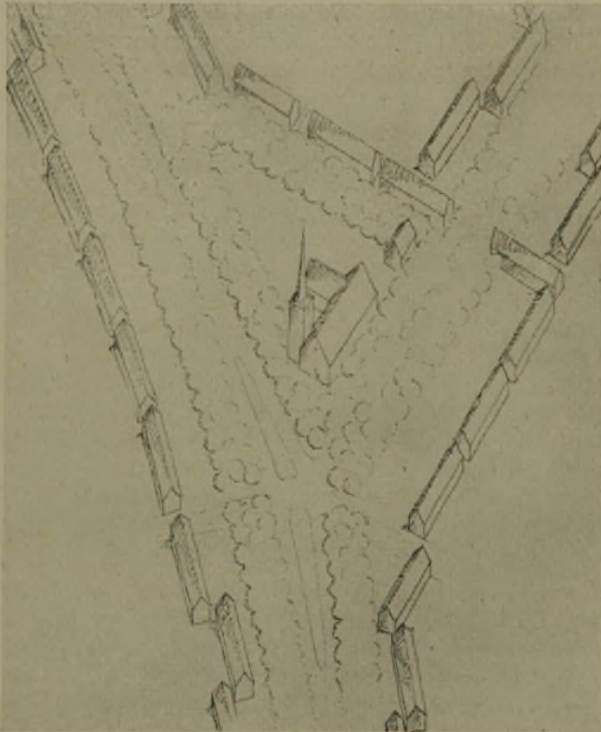
mit der Hildesheimer Straße gelegenen Sportpark. Dieser Grünzug stellt die schnellste und unmittelbare Verbindung von der Stadt über die Siedlung zum Pawelschen Holze her. Ihr kommt dementsprechend eine hervorragende Be- deutung, auch in verkehrstechnischer Hinsicht, zu. Sie soll in erster Linie dem Ausflugsverkehr vom Stadtkern zum Pawelschen Holze dienen.

Die Verbindung von Ölper nach dem Mittelpunkt der Gemeinschaftssiedlung Lehndorf und weiter von hier nach der Siedlung auf dem Weinberg wird eine äußere Ring- straße, die nur dem Verkehr der äußeren Vororte unter- einander dient. An der Verbindungsstraße zwischen Hil- desheimer Straße und v. Pawelschen Holz kommen ebenso wie an der nordsüdlichen, auf den höchsten Punkt des Weinberges ausgerichteten Alleestraße 4-Fa- milien-Reihenhäuser, zweigeschossig in Gruppen zusam- mengefaßt, zur Ausführung. Zwischen Hildesheimer Straße und v. Pawelschen Holz ist zunächst Autobusver-

¹ Ausschreibung des Wettbewerbs in Heft 1, Ergebnis in Heft 8 der Deutschen Bauzeitung



1 Modell der ganzen Siedlung. Blick von Norden. Zur Zeit sind etwa die Hälfte der Häuser errichtet. Die durchgehende Allee verbindet das Pawelsche Holz (rechts unten) mit der Innenstadt (links oben). Die von der Kirche abzweigende Allee führt nach einem später zu entwickelnden Siedlungskern auf dem Weinberg



2 Erster Preis: Regierungsbaumeister a. D. Hans Borkowsky, Kassel



kehr geplant, doch soll der Einbau einer eingleisigen Straßenbahn jederzeit möglich sein.

Gegenstand des Wettbewerbs war die Planung einer außerhalb des Verkehrs gelegenen Marktplatzanlage innerhalb des Wettbewerbsgebietes sowie eine zwanglose verkehrliche Lösung des Straßenzuschnittes selbst. An bevorzugter Lage des Platzes sollte eine Kirche in Verbindung mit Pfarr- und Gemeindehaus vorgesehen werden. Im übrigen sollten am Platz zweigeschossige Bauten mit Läden, Wirtschaftsbetrieben usw. im Erdgeschoß und Wohnungen im Obergeschoß geplant werden. Auf dem Platze selbst sollten sich in markttechnisch einwandfreier Weise der Wochen-, Blumen- und Gemüsemarkt abspielen.

Zur Erlangung von Entwurfskizzen für die städtebauliche Gestaltung dieser zentralen Platzanlage schrieb der Rat der Stadt Braunschweig unter den im Lande Braunschweig ansässigen und geborenen Architekten, die Mitglieder der Reichskammer der bildenden Künste sind, und weiteren 12 besonders aufgeforderten deutschen Architekten einen Ideen-Wettbewerb aus.

Die Lage des zu bearbeitenden Gebietes innerhalb der Gemeinschaftssiedlung Lehdorf und der Zusammenhang mit den Gestaltungsplänen für die gesamte Weststadt war aus einem beigegebenen Übersichtsplan im Maßstab 1 : 10 000 zu ersehen. Die besondere Lage des Wettbewerbsgebietes, seine Größe und Geländegestaltung war aus einem Gesamtplan 1 : 3000 der Gemeinschaftssiedlung Lehdorf und einem Sonderplan 1 : 1000 erkennbar.

Für die besten Lösungen waren ein 1. Preis von 500 Reichsmark, ein 2. Preis von 250 RM und drei Ankäufe von je 100 RM angesetzt.

Das Preisrichteramt übten aus: Oberbürgermeister Dr. Hesse, Braunschweig, Ministerialrat Professor Dr. Schmidt, Berlin, Professor Dr. Fischer, Hannover, Professor Dr. Flesche, Braunschweig, Oberbaurat Herzig, Braunschweig, Architekt Jürgens, Braunschweig, und Stadtbaurat Gebensleben, Braunschweig. Vorprüfer war Regierungsbaumeister Baumgarten, Braunschweig.

3 Zweiter Preis: Regierungsbaumeister Gustav Gsaenger, Obermenzig bei München
Der Wettbewerb wurde vom Rat der Stadt Braunschweig veranstaltet

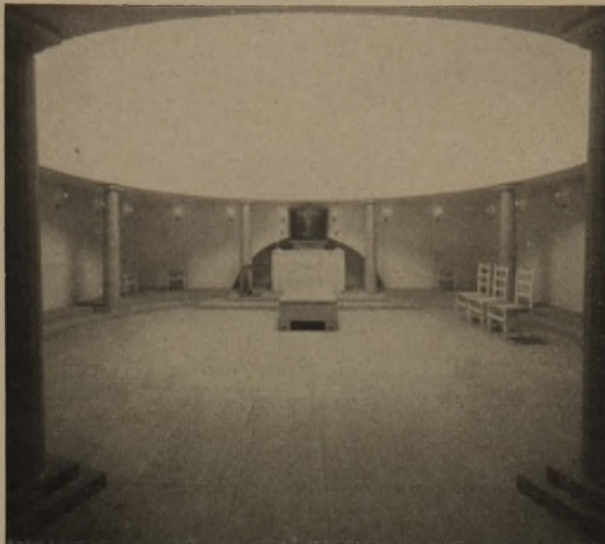
Ein Vortrag von Markelius



Auf Einladung der All People's Association sprach im Ingenieurhaus Berlin der schwedische Architekt Sven Markelius aus Stockholm über die Entwicklung der schwedischen Architektur in den letzten Jahren.

Der Redner ging von dem schwedischen Architekten I. G. Classon aus, der als Erster den Verfall bekämpfte, den die schwedische, ähnlich wie die gesamte europäische Baukunst, im 19. Jahrhundert durchmachen mußte. Seine Schüler, unter denen die bekanntesten Oestberg (Oestermalschule, Stockholmer Stadthaus), Westman (Ärztevereinigung, Röß'sches Kunstmuseum in Gottenburg, Rathaus, Stockholm), Wahlman (Engelbrekts-Kirche) und Lallerstedt (Neue Technische Hochschule) sind, haben die von Classon begründete Tradition weitergeführt. Es bestehe kein Zweifel, daß die schwedischen Architekten aus den Ergebnissen dieser Epoche auch heute noch sehr viel lernen könnten. In vieler Hinsicht bestehe eine Verwandtschaft zwischen den damaligen Bestrebungen nach Echtheit in Materialverwendung und konstruktiver Ausbildung der Einzelheiten und den jetzigen Bemühungen, ein Bauwerk so darzustellen, daß es sich bestmöglich den neuzeitlichen Baustoffen und einer zeitgemäßen Herstellungsweise anpaßt.

Zwischen der damaligen und der jetzigen Epoche liegt ein kurzer Abschnitt klassizistischer Bauweise. Sie ist entstanden aus dem Streben nach neuen Ausdrucksmitteln, die sich den typischen Erscheinungen neuer Baumethoden und Konstruktionen anzupassen versuchte. Dieser „Neuklassizismus“ ist nicht so sehr durch stilistische Einzelheiten, Gesimse, Säulen usw. ausgezeichnet, als vielmehr durch eine regelmäßige Aufteilung der Baukörper im Sinne einer Standardisierung der Einzelheiten.



1 und 2 Kapelle auf dem Stockholmer Waldfriedhof. Beispiel für den Neuklassizismus, um 1925. Architekt: Asplund

Die besten Werke dieser Zeit sind im Gesamtausdruck keine stilistischen Nachahmungen, sondern zeichnen sich durch Zurückhaltung, Einfachheit, Klarheit und Strenge aus.

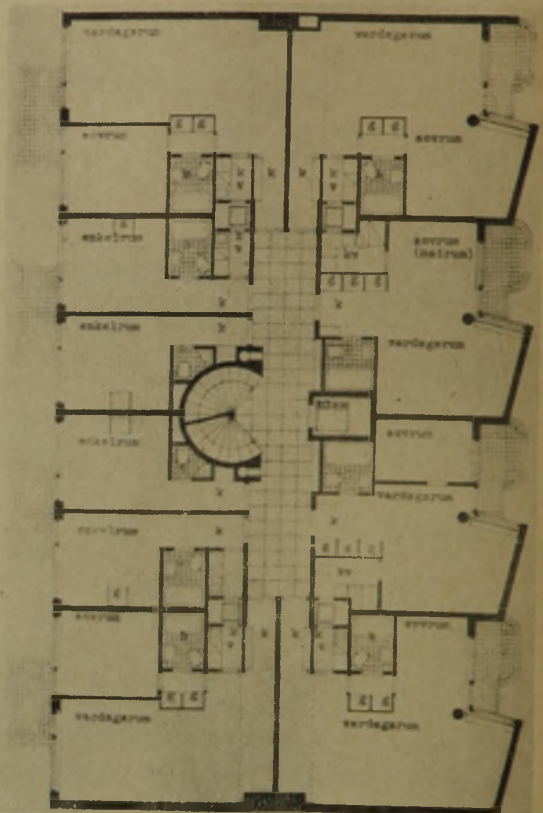
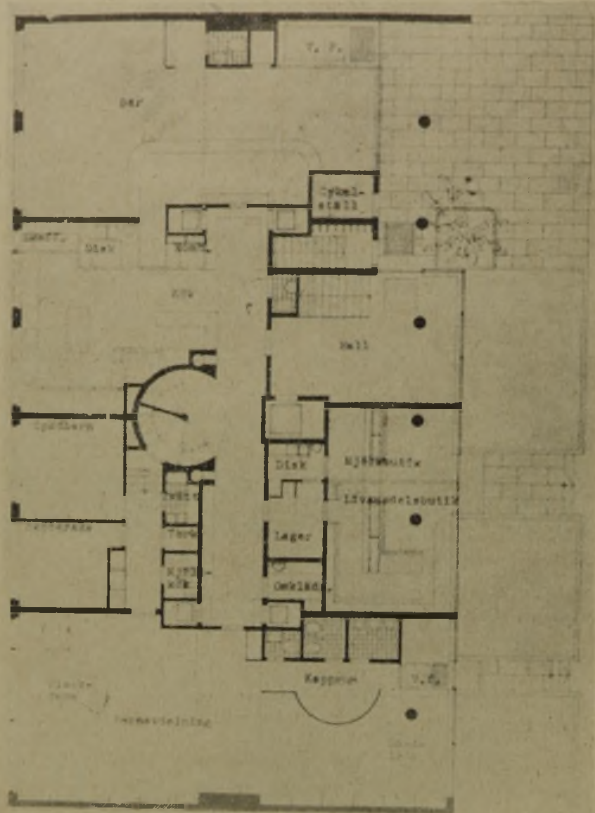
In einigen Fällen sind solche Bauwerke in ungezwungener Zweckmäßigkeit so weit vorgeschritten, daß sie in hohem Maße heutigen Forderungen genügen. Solche Bauten sind jedoch Ausnahmen, daneben hat sich bedenklicher Formalismus stark ausgebreitet. Bei manchen Bauten suchen wir hinter Kolonnaden, Pilastern und Festonen vergeblich eine annähernd vernünftige Lösung der Aufgabe selbst.

Der Redner besprach dann einige „überlegen gestaltete Bauwerke“ dieser Zeit, besonders das Konzerthaus von Tengbom und die Stadtbibliothek von Asplund. 1928 hat der Architekt Uno Ahrén, der jetzige Stadtbaumeister von Gottenburg, in einem Aufsatz den Neuklassizismus für tot erklärt. Die Stockholmer Ausstellung des Jahres 1930, deren Hauptarchitekt Asplund war, hat bereits im Zeichen der Sachlichkeit gestanden.

Es ist bekannt, daß die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Schweden verhältnismäßig besser ist als in anderen Ländern Europas. Trotzdem liegen die Wohnverhältnisse zum Teil sehr im argen. Die sehr hohen Mieten haben dazu geführt, daß man sich mit sehr kleinen Wohnungen begnügt. Die Hälfte aller Wohnungen in Stockholm sind Einzimmerwohnungen (!), in



3 Schule. Beispiel für die jüngste Periode. Architekt: Hedquist



4 und 5 Miethaus in Stockholm, zur Zeit im Bau. Links Erdgeschoß mit Kindergarten und Zentralküche, rechts eines der Obergeschosse. Die Fensterstellung auf der Balkonseite ist bedingt durch den Ausblick auf den Mälarsee. Architekt: Markelius

denen durchschnittlich in jedem Zimmer drei Personen (!) wohnen. Noch 1932 haben unter den neugebauten Wohnungen die Einzimmerwohnungen 55,5 v. H. ausgemacht.

Der Redner gab dann Beispiele des schwedischen Wohnungsbaues der letzten Jahre und schilderte besonders das Wirken der HSB, eines Mieter-Bausparkassen-Vereins, der in den letzten zehn Jahren eine Menge guter Kleinwohnungen gebaut habe. Bis jetzt seien etwa 200 Millionen Kronen in diesen Neubauten investiert worden. Durch die genossenschaftlichen Grundsätze sei es gelungen, verhältnismäßig niedrige Mieten zu erreichen. Eingebaute Kücheneinrichtungen sind in Schweden seit jeher üblich. Jedes HSB-Haus habe eine modern eingerichtete Wäscherei mit elektrischer Waschmaschine, Warmlufttrockenkammern und Heißmangel. Im Keller

gebe es Klopfräume mit mechanischer Entlüftung, auf jedem Treppenabsatz Müllschlucker, oft in Verbindung mit einem Müllverbrennungsofen. In Schweden sind Personenaufzüge in jedem neuerbauten Haus mit mehr als vier Stockwerken eine Selbstverständlichkeit, auch in Häusern mit Klein- und Kleinstwohnungen. Schließlich würden jetzt fast alle HSB-Häuser mit luftigen, sonnigen und wohl ausgestatteten Kindergärten versehen, wo die erwerbstätigen Mütter ihre Kinder während der eigenen Arbeitszeit unterbringen können.

Die Zahl der erwerbstätigen Mütter sei recht groß. Im Jahre 1920 sind in den Familien, in denen der Mann ein Einkommen unter 4000 Kronen hatte, 18,1 v. H. der Frauen erwerbstätig gewesen. Seitdem habe sich diese Zahl bis zu 30 v. H. gesteigert. Aus diesem Grunde würden in der nächsten Zeit in mehreren neuen Häusern nicht nur Kindergärten, sondern auch Zentralküchen eingerichtet werden.

Der Redner erörterte dann noch die Subventionspolitik der Gemeinden, die jedoch im Jahre 1933 aufgehört habe, als sich herausstellte, daß von der Unterstützungspolitik nicht annähernd jene Kreise erfaßt würden, die am stärksten unter der Wohnungsnot litten, und als in weiten Kreisen die Befürchtung laut wurde, daß durch diese Subventionspolitik das im älteren Hausbesitz investierte Kapital gefährdet werden könnte.

Zum Schluß gab Herr Markelius eine Reihe Beispiele von sachlichen Bauten der jüngsten Vergangenheit. Ohne Zweifel sei der schöpferische Gestaltungswille eine Vorbedingung dafür, gute Baukunst hervorzubringen, von der die Menschen nicht nur Nutzen, sondern auch Freude haben sollen. Die Entwicklung der modernen Architektur liege in dem ehrlichen Bestreben, sich die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften der Gegenwart zu eigen zu machen und damit neue und qualitativ höhere Bauwerke zu erzeugen. F.



6 Geschäftshaus gegenüber dem Stockholmer Hauptbahnhof. Architekt: Tengbom

Der Arbeitseinsatz in der Bauwirtschaft

Richard Seidel, Berlin

Die Maßnahmen des Reiches zur Arbeitsbeschaffung im Jahre 1934 waren verbunden mit einem großzügigen Unternehmen zur bewußten Lenkung von Angebot und Nachfrage im Arbeitseinsatz der Bauwirtschaft. Unter dem Einfluß dieses Bestrebens des Reiches, ins Werk gesetzt durch die Unterstützung von Instandsetzungen und Wohnungsumbauten, ist die Bewegung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft im verflossenen Jahre bis zu einem gewissen Grade aus ihrer engen Beziehung zum Rhythmus der Jahreszeiten gelöst worden. Reihen wir die Ergebnisse der monatlichen Feststellungen über die Bewegung der Arbeitslosigkeit in den Berufsgruppen der Bauwirtschaft, den Saisonaußenberufen und allen Wirtschaftsgruppen im Deutschen Reich aneinander, so ergibt sich folgende Zahlenschau des Arbeitseinsatzes im Baujahr 1934:

Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat in v. H.

	in der Industrie der Steine und Erden	im Baugewerbe (Baufacharbeiter)	bei den Saisonaußenberufen	bei allen Berufsgruppen im Reiche
Ende Januar . .	- 7,5	- 16,9	- 11,0	- 7,1
Februar	- 18,1	- 33,8	- 18,5	- 10,6
März	- 32,6	- 51,8	- 29,3	- 17,0
April	- 18,3	+ 3,8	- 7,8	- 6,8
Mai	- 1,5	+ 12,0	+ 1,1	- 3,1
Juni	+ 5,7	+ 11,9	+ 3,6	- 1,9
Juli	+ 1,8	+ 12,9	+ 1,9	- 2,2
August	- 0,2	+ 4,5	+ 0,6	- 1,2
September . . .	- 0,5	- 10,6	- 6,3	- 4,8
Oktober	+ 6,7	+ 9,3	+ 2,8	+ 0,6
November	+ 13,1	+ 25,8	+ 11,3	+ 3,7
Dezember	+ 28,0	+ 39,2	+ 24,5	+ 10,7
Januar 1935 . .	+ 20,0	+ 35,2	+ 25,9	+ 14,2

Die hohe Bedeutung der Steigerung der Beschäftigung in den Berufsgruppen der Bauwirtschaft für die Entlastung des Arbeitseinsatzes in der gesamten Wirtschaft tritt deutlich hervor: eine starke Minderung der Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe und in der Industrie der Steine und Erden spiegelt sich in einem Emporschnellen der Minuszahlen der letzten Spalte; eine Steigerung der Arbeitslosen in den Berufsgruppen der Bauwirtschaft geht einher mit einer Verringerung der Entlastung des Arbeitseinsatzes bei allen Berufsgruppen im Reich. Auch die starke Stellung der Baustoffbereitung und des Baugewerbes im Umkreise der Saisonaußenberufe ist erkennbar, nur daß sich bei diesem Vergleich infolge der Artgleichheit der baugewerblichen Wirtschaftszweige mit den Saisonaußenberufen die beiden Kurven noch enger aneinanderschmiegen als in der Gegenüberstellung der Arbeitslosigkeit in den Bauberufen mit dem Arbeitseinsatz der Gesamtwirtschaft.

Eigenartig ist der Verlauf der Kurve bei den Berufsgruppen der Bauwirtschaft, namentlich beim Baugewerbe im engeren Sinne. Es erscheint nicht ungewöhnlich, daß die stärkste Abnahme der Arbeitslosigkeit in den März fällt. Bei der Industrie der Steine und Erden steht diese Erscheinung im Einklang mit dem Rhythmus des Baujahres, da der größte Teil der Baustoffe in der Regel im Frühjahr zur Inangriffnahme der Rohbauten angeliefert werden muß. In der starken Steigerung der Beschäftigung im Baugewerbe am Jahresanfang tritt dagegen der Einfluß der Maßnahmen zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten und Wohnungsumbauten zutage, während die für die Sommerzeit ungewöhnliche Mehrung der Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von

April bis August vom Abschluß dieser Aktion Zeugnis gibt. Von einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken wurde bereits im Februar ein Mangel an Baufacharbeitern, namentlich an Maurern und Malern, gemeldet. Im März wiederholte sich die Klage. Außerdem zeigte sich jetzt in einigen Landesteilen auch ein Mangel an Spezialarbeitern für einige Zweige der Baustoffindustrie und ein ungedeckter Bedarf an Facharbeitern in den Bautischlereien.

Der Anteil der Baufacharbeiter an der Minderung der Arbeitslosigkeit im ersten Viertel des Jahres wie an ihrer Steigerung von April bis August war größer als der Anteil der Bauhilfsarbeiter. Im März ging die Zahl der arbeitslosen Bauhilfsarbeiter „nur“ um 25,1 v. H. zurück, aber sie verzeichnete im Juni auch nur 5,3 v. H. als stärkste Steigerung während der sommerlichen Stockung. Im August verminderte sie sich bereits wieder um 0,7, im September um 7,1, im Oktober um 0,2 v. H.; erst der November endete mit einer Vermehrung der Zahl der arbeitslosen Bauhilfsarbeiter um 6,2 v. H. gegenüber dem Vormonat. Die

Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter betrug:

	am 31. 12. 33	31. 3. 34	31. 8. 34	30. 11. 34	31. 12. 34
insgesamt . . .	637 802	235 113	292 076	327 836	438 147
Facharbeiter . .	404 523	107 172	164 450	202 187	281 393
Hilfsarbeiter . .	233 279	127 941	127 626	125 649	156 754

Die Angaben bestätigen die Bedeutung der Instandsetzungsarbeiten für die Bewegung des Arbeitseinsatzes der Baufacharbeiter. Die Bauhilfsarbeiter, in geringer Zahl an den Innenarbeiten beteiligt, zogen aus der Aktion geringen Nutzen. Die Stabilität ihrer Arbeitslosenzahl im Sommer, in der Zeit, da die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter ansehnlich zunimmt, zeugt von der Höhe und Gleichmäßigkeit des Beschäftigungsgrades im Tiefbau. Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Herbst bestätigt diese Deutung. Im September sinkt die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter von 164 450 auf 147 096, die Zahl der arbeitslosen Bauhilfsarbeiter indessen nur von 127 626 auf 118 551. Dafür bleibt die letzte Zahl im Oktober mit 118 340 wiederum nahezu gleich, während die erste auf 160 717 ansteigt. Im Oktober 1934 wurden 424 000 Beschäftigte im Tiefbau gezählt — gegen 256 000 im Oktober 1933. Selbst Ende November hatte die Zahl der Arbeitslosen unter den Bauhilfsarbeitern die Höhe des August nicht wieder erreicht. An dem Aufschwung im September waren die Baufacharbeiter in den Landesarbeitsamtsbezirken Brandenburg (mit Berlin) und Mitteldeutschland besonders stark beteiligt: die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter ging von Ende August bis Ende September in Brandenburg von 17 820 auf 9409, in Mitteldeutschland von 14 053 auf 11 845 zurück. Bei den Bauhilfsarbeitern nahm die Zahl die Arbeitslosen in Mitteldeutschland auch von Ende September bis Ende Oktober noch von 6002 auf 4802 ab.

Im übrigen zeigt die Angabe der absoluten Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter deutlicher als die Anführung der Vmhundertzahlen in der ersten Übersicht, daß die Steigerung der Arbeitslosigkeit im Sommer kein bedrohliches Ausmaß angenommen hatte. Ende August 1934 wurden zwar 292 076 arbeitslose Bauarbeiter gezählt, Ende August 1933 jedoch 486 280. Im September 1934 sank die Zahl aller arbeitslosen Bauarbeiter auf 265 647 zurück, seit Oktober steigt sie an, ohne jedoch bis zum Ende dieses Monats den Stand vom August zu erreichen; am 31. Oktober betrug sie erst 279 057.

Ein anderes Verfahren zur Ermittlung der Bewegung des Arbeitseinsatzes führt zu gleichen Folgerungen. Stellen wir die Zahl der am Anfang eines jeden Monats gemeldeten Arbeitslosen der Zahl der im gleichen Monat verfügbaren offenen Stellen (Bestand am Beginn des Monats plus Zugang) gegenüber, so gewinnen wir folgendes Bild der Bewegung des Verhältnisses zwischen

Angebot und Nachfrage im Arbeitseinsatz der Bauwirtschaft:

1934	Auf eine offene Stelle kamen Arbeitslose		
	in der Industrie der Steine und Erden	im Baugewerbe	bei allen Berufsgruppen im Deutschen Reich
Januar	29,7	20,1	9,8
Februar	20,0	8,2	7,7
März	10,7	3,8	5,5
April	6,6	3,3	4,2
Mai	7,7	4,0	4,0
Juni	8,7	4,4	4,1
Juli	9,4	5,0	4,0
August	11,2	4,7	4,0
September . .	11,2	3,6	3,3
Oktober	10,4	3,0	2,9
November . . .	12,3	4,1	3,6
Dezember . . .	23,0	7,9	4,9

In der großen Linie hat somit der Arbeitseinsatz in der Bauwirtschaft trotz der ungewöhnlichen Erscheinung einer Steigerung der Arbeitslosigkeit im Sommer einen guten Stand behauptet. Im Vergleich zum Stande der Arbeitslosigkeit im Vorjahre erreichte das Baugewerbe seinen höchsten Triumph im März. Am Ende dieses Monats lag die Zahl der Arbeitslosen bei allen Berufsgruppen um 50 v. H. unter dem Niveau des Vorjahres, im Baugewerbe jedoch um 78,3 v. H. Die Zahl der arbeitslosen Bauhilfsarbeiter war am gleichen Zähltag um 53,5 v. H.

niedriger als im Jahr zuvor. Die Industrie der Steine und Erden erreichte das Höchstmaß des Rückganges erst im April; es zählte gegenüber dem Vorjahre 64,8 v. H. Diese Höhe der Beschäftigung wurde nicht gehalten. Ende Oktober 1934 ergab die Zählung der Arbeitslosen eine Minderung gegenüber dem Vorjahr bei allen Berufsgruppen um 39,4 v. H., im Baugewerbe um 25, bei den Bauhilfsarbeitern um 32,2, in der Industrie der Steine und Erden um 26,8 v. H. Eine Senkung der Arbeitslosenzahl um ein Viertel bis ein Drittel ist somit das anerkannteste Ergebnis des Jahres. Die Arbeiterplatzkapazität der gesamten Bauwirtschaft wurde im Oktober 1933 zu 37,6, im Oktober 1934 aber zu 61,7 v. H. ausgenutzt. Auf einer wesentlich günstiger gelegenen Ebene als 1933 überschritt die Bewegung des Arbeitseinsatzes der baugewerblichen Berufsgruppen im verflossenen Jahre die Schwelle des Winters.

Auch der Stand an der Jahreswende, in der Tiefe der jahreszeitlichen Depression, ist befriedigend: am 31. Dezember 1934 war die Arbeitslosenzahl bei allen Berufsgruppen um 35,8, im Baugewerbe um 30,4, bei den Bauhilfsarbeitern um 32,8, in der Industrie der Steine und Erden um 32,2 v. H. niedriger als Ende 1933; die Abnahme der Arbeitslosenzahl vom 31. Januar 1933 bis zum 31. Januar 1935 betrug insgesamt 50,6 v. H., im Bau- und Baustoffgewerbe (einschließlich der Bauhilfsarbeiter) 38,9, in allen Saisonaußenberufen 44,4 v. H. Bei der Bewertung dieser letzten Zählung muß die Ungunst des Stichtages berücksichtigt werden; denn infolge schlechterer Witterungsverhältnisse ergab der erste Monat dieses Jahres einen heftigeren Rückschlag als der Januar 1934. Für die kommende Saison rechnet jedoch das Baustoffgewerbe, wie die Reichsanstalt meldet, allgemein mit einer vollen Ausnutzung der Leistungsfähigkeit.


Selbsterkenntnis?

Das Baugewerbe


1935

1936

So plant und baut das Baugewerbe!



Wohnhaus in Doorn
Entwurf und Ausführung
Rijnsdijk & Zoon
Doorn in Holland




Wohnhaus
in Girsberg/Schl.
Entwurf und Ausführung
Zimmeler Bau GmbH
Girsberg-Sachsenbergl. Thür.

140


Das Baugewerbe

1936

1937



Wohnhaus
in Oredben
Entwurf und Ausführung
Bauwerk Oredben



Wohnhäuser
in München
Entwurf und Ausführung
Bauwerk München

141

Die Einkommensteuer-Veranlagung des Architekten

Dr. jur. et rer. pol. K. Wuth
Sachverständiger in Steuerfragen

Für die Einkommensteuerveranlagung des Architekten ergeben sich aus den nunmehr erschienenen Veranlagungsrichtlinien für 1934 noch einige Klarstellungen über verschiedene wichtige Steuerfragen. Aus den umfangreichen Ausführungen des Reichsfinanzministers seien hier einige kurze Hinweise gegeben:

Buchführungspflicht und Abschreibungen

Buchführungspflicht besteht, wie bisher, in den Fällen, in denen der Gewerbeertrag nach der letzten Veranlagung 6000 RM (ohne Abzug des Freibetrages) überstiegen hat. In den Ländern, in denen noch keine Gewerbesteuerpflicht besteht, scheidet eine Buchführungspflicht schon aus dem Grunde aus, weil zur Führung von Büchern nur gewerbesteuerpflichtige Angehörige der freien Berufe — Unternehmer im Sinne der Buchführungsvorschriften verpflichtet sind.

Die **Abschreibung** auf kurzlebige Wirtschaftsgüter ist zwar auf die Angehörigen der freien Berufe ausgedehnt, jedoch auf solche beschränkt, die ordnungsmäßige Bücher nach handelsrechtlichen Vorschriften führen. Wie der Architekt diese Bedingung erfüllen soll, ist im einzelnen nicht festgelegt. Nach allgemeinen Grundsätzen ist jedenfalls eine laufende Aufzeichnung der ausgeführten Geschäfte sowie eine laufende Festhaltung der zum Betriebsvermögen gehörigen Gegenstände und Forderungen erforderlich.

Alle buchführenden Angehörigen der freien Berufe können jedoch unter den laufenden Betriebsausgaben ohne weiteres Kosten für Wirtschaftsgüter absetzen, die zum laufenden Verbrauch bestimmt sind (Materialien, Papier usw.). Aber auch Anschaffungskosten für auf längere Zeit genutzte Wirtschaftsgüter, von denen erfahrungsgemäß laufend ein gewisser Teil ergänzt wird (z. B. entsprechende Geräte, Schreibmaschinen, Bücher usw.), sofern der Anschaffungspreis des einzelnen Gegenstandes 500 Reichsmark nicht übersteigt. Andere Wirtschaftsgüter sind in der jährlichen Bestandsaufnahme zu aktivieren, soweit solche stattfinden.

Die **Höhe** der jährlichen Absetzung für Abnutzung richtet sich grundsätzlich nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Gegenstände, z. B. etwa auf Einrichtungsgegenstände, jährlich 8—15 v. H., auf größere Instrumente und Apparate 15—25 v. H., auf Kraftwagen 20—25 v. H. Die Abschreibungssätze dürfen von einem Jahr zum anderen nicht willkürlich gewechselt werden. Darüber, inwieweit eine schnellere Abschreibung von Neuanschaffungskosten von Steuerpflichtigen, die keine Bestandsaufnahme erfertigen, vorgenommen werden kann, bleibt die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs zu dem neuen Einkommensteuergesetz (§ 4 Abs. 2) abzuwarten. Für die Steuerpflichtigen wird jedoch eine frühere Abschreibung im allgemeinen gar nicht zweckmäßig sein, da nach vollständiger Abschreibung Absetzungen in späteren Jahren nicht möglich sind, während sie andernfalls jährlich die Einkommensteuer gerade in den höheren Stufen mindern.

Ersatzbeschaffungskosten für Gegenstände des beruflichen Vermögens sind vom Einkommen 1934 voll absetzbar, sofern der Gegenstand 1934 geliefert ist.

Pauschbesteuerung

Bindende **Durchschnittssätze**, wie sie das neue Einkommensteuergesetz für die Fälle vorsieht, in denen ordnungsmäßige Bücher nicht vorgeführt werden,

oder die Buchführung Unrichtigkeiten vermuten läßt, sind für 1934 noch nicht aufgestellt. Die Landesfinanzämter haben zur Erleichterung der Einschätzung zum Teil wieder von der Festsetzung von Richtsätzen für die Ausgaben (Pauschsätzen) Gebrauch gemacht. Ausgaben für steuerfreie Ersatzbeschaffungen, Anfang 1934 geleistete Arbeitspende sowie Aufwendungen für den Luftschutz sind besonders geltend zu machen. Die Pauschsätze sind nicht anwendbar, soweit Buchführungspflicht besteht.

Einkünfte der angestellten Architekten

Von den angestellten Architekten ist eine Einkommensteuererklärung auch ohne Aufforderung des Finanzamts abzugeben, wenn das Einkommen 1934 8000 RM überstiegen hat. Ist das Einkommen geringer als 8000 RM, so ist eine Steuererklärung ohne Aufforderung ebenfalls einzureichen, wenn das Gesamteinkommen 4000 RM übersteigt und die nicht lohn- oder kapitalertragsteuerpflichtigen Einkünfte mehr als 300 RM betragen. Ist hier das Einkommen nicht höher als 4000 RM, so fällt zwar mangels Aufforderung des Finanzamts die Steuerklärungspflicht fort. Eine Veranlagung kann jedoch immer noch erfolgen.

Dienstaufwandentschädigungen

Die aus öffentlichen Kassen gezahlten Aufwandsentschädigungen und Reisekosten sind grundsätzlich einkommensteuerfrei; sie sind demgemäß in der Steuererklärung als Arbeitslohn nicht aufzuführen. Nach den Aufwandsentschädigungen ist trotzdem in dem großen Vordruck zur Steuererklärung gefragt, weil das Finanzamt nachprüfen kann, ob unter der Bezeichnung Aufwandsentschädigungen nicht auch Beträge gezahlt sind, die in Wirklichkeit nicht Aufwandsentschädigungen sind.

Die den privaten Angestellten gewährten Dienstaufwandentschädigungen sind bereits für 1934 nicht mehr allgemein nach den bisherigen Bestimmungen steuerfrei, sondern nur, soweit sie Werbungskosten bilden. Reisekosten, Tagegelder und Fahrtauslagen dürfen die tatsächliche Aufwendung nicht übersteigen. Für die Nachprüfung seitens des Finanzamts werden entsprechende Angaben in der Steuererklärung verlangt. Kann der Angestellte mangels eigener Aufzeichnungen ziffernmäßige Angaben über die Reisekosten, Tagegelder und Fahrtauslagen nicht machen, so soll das Finanzamt von einer Beanstandung absehen, wenn die Reisekostensätze der Reichsbeamten mit entsprechenden Bezügen „nicht übermäßig“ überschritten sind.

Repräsentationsaufwendungen stellen Werbungskosten nur noch dar, wenn sie ausschließlich mit der dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehen und nichts mit der privaten Lebenshaltung zu tun haben. Repräsentationsaufwendungen, bei denen private und dienstliche Erwägungen zusammenwirken, sind nicht abzugsfähig. Nähere Ausführungen enthalten auch die Veranlagungsrichtlinien nicht, so daß grundsätzlich, wie bisher, Repräsentationsaufwendungen z. B. für Kundenbewirtung usw. in Abzug gebracht werden können, wenn rein geschäftliche Gründe dafür angeführt werden können. Die für die Lohnsteuer 1934 getroffene Entscheidung soll regelmäßig für die Einkommensteuer 1934 maßgebend bleiben, d. h. die lohnsteuerfrei gebliebenen Entschädigungen können als Werbungskosten behandelt werden. Nur bei besonderen, beispielsweise erst nachträglich bekannt gewordenen Umständen kommt eine Nachprüfung bei der nunmehrigen Veranlagung in Betracht.

Auswirkung der Pfandbriefkonversion

Die börsenmäßige Rückwirkung des Konversionsangebotes entsprach den Erwartungen. Das Publikum wandte sich in stärkerem Umfang den von der Konversion nicht betroffenen Gebieten zu. Das Angebot erreichte jedoch nirgendwo ein ungewöhnliches Maß. Im allgemeinen hielt das Publikum an seinem Effektenbesitz fest. Die Kursabschwächungen, von denen auch übrigens die der Konversion nicht unterliegenden sechsprozentigen Anleihen der Länder und Gemeinden betroffen wurden, hielten sich in der letzten Januarwoche durchschnittlich etwa im Rahmen von 1 v. H. In der ersten Februarwoche trat die außerordentliche Widerstandsfähigkeit des Rentenmarktes noch deutlicher hervor. Bei den Pfandbriefen der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten wurden sogar leichte Kursbesserungen erzielt. Für das Gelingen der Großkonversion über einen nur technischen Erfolg hinaus war es von großer Bedeutung, daß die Ausweichmöglichkeiten für das Anlagepublikum praktisch nur sehr gering waren. Immerhin ist erwähnenswert, daß die Nebenwerte des Rentenmarktes, bei denen eine Konversion vorerst außer Betracht steht, beachtliche Kurssteigerungen erzielten, die bis in die jüngste Zeit fort-dauerten. Dies gilt insbesondere für fünfprozentige Wert-papiere und die Aufwertungspapiere.

Für den Aktienmarkt ergab sich gleichfalls aus der Pfandbriefkonversion ein neuer Impuls. In gewissem Umfang machte sich eine Abwanderung von den Rentent-papieren zu den Aktien bemerkbar. Abgesehen von spekulativen Bewegungen kurzfristiger Natur erfolgten Anlagekäufe besonders in sogenannten Tarifwerten (Ver-sorgungsbetriebe, Bahnen), bei denen eine möglichst stabile Dividende angestrebt wird, und die vielfach einen rentenähnlichen Charakter angenommen haben. Außer dieser Verlagerung in der Nachfrage nach Anlage-papieren hatte die Pfandbriefkonversion auch eine speku-lative Belebung am Aktienmarkt im Gefolge. Sie er-streckte sich insbesondere auf einzelne Zweige des Bau-gewerbes (Industrie der Steine und Erden, Holzindustrie, Glasindustrie) und die Terraingesellschaften, da man von der Zinsermäßigung eine Belebung der Bautätig-keit erwartet.

Zur Finanzierung des Wohnungsbaues 1935

Die Preussische Landespfandbriefanstalt, deren Aufgabe bekanntlich die Förderung des Kleinwohnungsbaues ist, gibt in ihrem Geschäftsbericht für 1934 eine Reihe be-deutsamer Anregungen für die Förderung des Wohnungs-baues. Seit dem Jahre 1933 hat sich in der Finanzie-rungstechnik ein durchgreifender Wandel vollzogen, da für das Rechnungsjahr 1934 seitens des Reiches und der Länder neue Mittel nicht mehr gewährt worden sind. An Stelle der finanziellen Förderung des Klein-wohnungsbaues durch den Staat wird in Zukunft mehr die technische und wirtschaftliche Be-treuung durch die Organe der staatlichen Wohnungs-politik, also in Preußen insbesondere durch die pro-vinziellen Heimstätten und die der Finanzierung dienen-den Kreditinstitute treten. Der Staat wird nur Hilfe-stellung leisten und zwar durch die Übernahme von Reichsbürgschaften, die nach den neueren Richtlinien auch für die Einzelsiedlung eingesetzt werden können.

Mithin verschiebt sich der Schwerpunkt der Finanzie-rungstechnik auf die Beschaffung des zweitstelligen Hypothekarkredites, der die Lücke zwischen erster Hypothek und Eigenkapital, das im allgemeinen mit 25 bis 30 v. H. des jeweiligen Bau- und Bodenwertes

eingesetzt werden darf. Durch die Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers dürfen die Beleihungsinstitute mit der ersten Hypothek bis an die Grenze von 50 v. H. des Gesamtwertes herangehen. Dadurch wird diese Finan-zierungsspanne gegenüber früher etwas verringert.

Der Geschäftsbericht weist jedoch darauf hin, daß eine Anzahl besonders dringlicher Bauvorhaben zurück-gestellt werden mußte, weil es infolge Fehlens einer Organisation des nachstelligen Realkredits für den Klein-wohnungsbau nicht möglich war, die erforderlichen zwei-ten Hypotheken zu beschaffen. Das Fehlen einer der-artigen Organisation wird die bestehenden Schwierig-keiten zukünftig weiter steigern, da der Kreis der Bau-herren, die ein die üblichen Grenzen überschreitendes Eigenkapital besitzen, das die nachstellige Finanzierung erleichtert oder überflüssig macht, immer enger wird. Durch ein Zusammenwirken des vorbildlich organisierten erststelligen Grundkredits mit einer wirksamen Nach-stelligen-Realkredit-Organisation wird imstande sein, nach endgültiger Aufgabe der unmittelbaren staatlichen Unter-stützung die Finanzierung des Kleinwohnungs- und Sied-lungsbaues auf wirtschaftlicher Grundlage sicherzustellen.

Hausbesitz

Der Wochenbericht des Instituts für Konjunktur-forschung vom 27. 2. versucht, die Veränderungen der Zinsbelastung des Hausbesitzes seit dem Jahre 1931 darzustellen. Die Konversion der Pfandbriefe zu-sammen mit den Zinsnachlässen der Sparkassen und Ver-sicherungen dürfte dem Hausbesitz eine jährliche Ent-lastung von 140 Millionen Mark bringen. Der Rückgang beim Neuhausbesitz gegenüber 1931 dürfte sich auf 27 v. H. stellen. Der Althausbesitz wird in seinen Zins-leistungen gegenüber 1931 um etwa 11 v. H. entlastet werden.

Holzverarbeitende Industrie

Die Beschäftigungslage in der Holzverarbeiten-den Industrie kann im Februar im allgemeinen als nor-mal bezeichnet werden. Allerdings ist in der Möbel-industrie, in der bereits im Herbst 1934 ein Auftragsrück-gang eintrat, ein weiteres Abebben der Aufträge zu ver-zeichnen. Es muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß diese Industrie bis zum Herbst 1934 einen un-gewöhnlich guten Umsatz zu verzeichnen hatte. Wie stark die Aufwärtsbewegung in der Möbelindustrie ist, ergibt sich daraus, daß die Arbeitsplatzkapazität vom Dezember 1933 bis Dezember 1934 von 55,9 auf 64,7 v. H. gestiegen ist. Insgesamt ist die Zahl der Arbeitslosen im deutschen Holzgewerbe von Ende Januar 1933 bis Ende Dezember 1934 um 63,6 v. H. zurückgegangen.

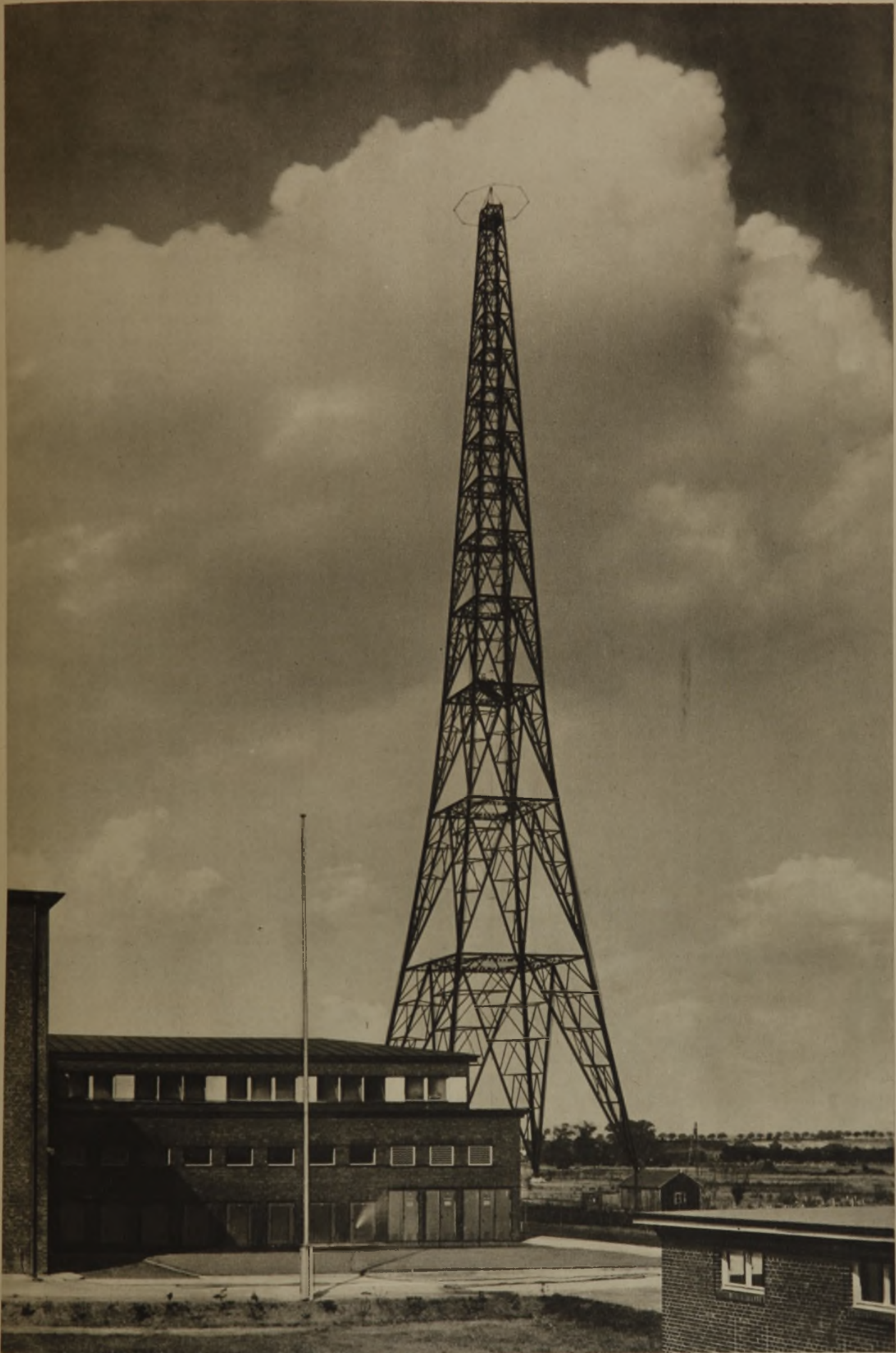
Unter Ausfuhrschwierigkeiten infolge der billigeren ausländischen Konkurrenz haben insbesondere zu leiden die Holzmehl-, die Kork-, die Faß-, die Stuhl-, die Holzwaren- und die Musikinstrumentenindustrie.

Industrie der Steine und Erden

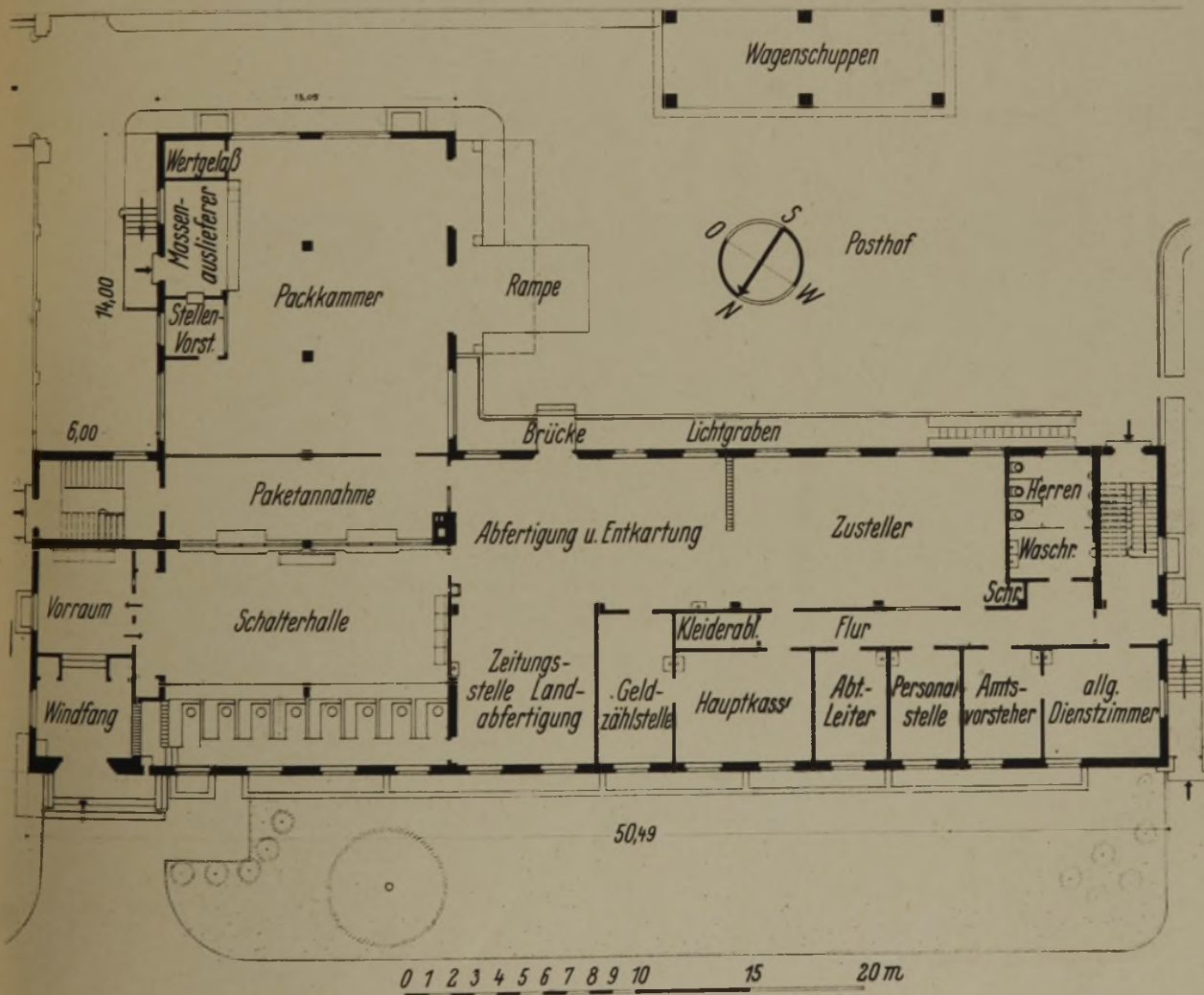
Die Beschäftigung fast aller Zweige der In-dustrie der Steine und Erden litt im Januar unter den Witterungsverhältnissen. Am stärksten betroffen waren die Steinbruchbetriebe, die zum Teil Entlassungen vor-nehmen mußte. Auch die Ziegelindustrie ist wenig be-schäftigt; infolge des Frostes mußten in manchen Be-zirken selbst die Abräumarbeiten unterbrochen werden. Für die kommende Saison wird allgemein mit voller Aus-nutzung der Betriebskapazität gerechnet. Die Beschäfti-gung in der Zementindustrie war uneinheitlich.

Riedel

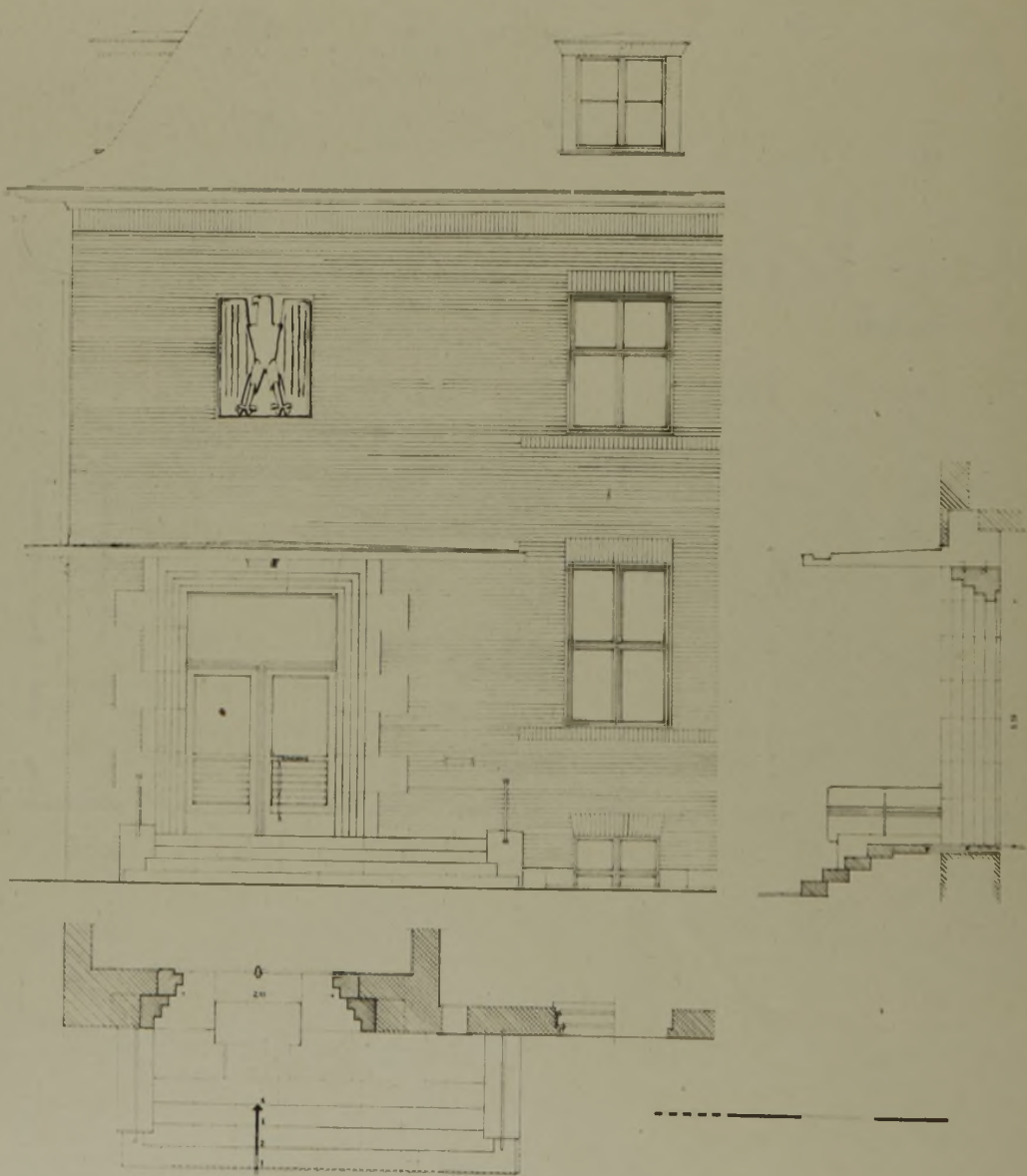
BAUTEN DER POST



Großrundfunksender Hamburg-Billbrook



Posthaus in Siegburg. Ansicht und Erdgeschoß



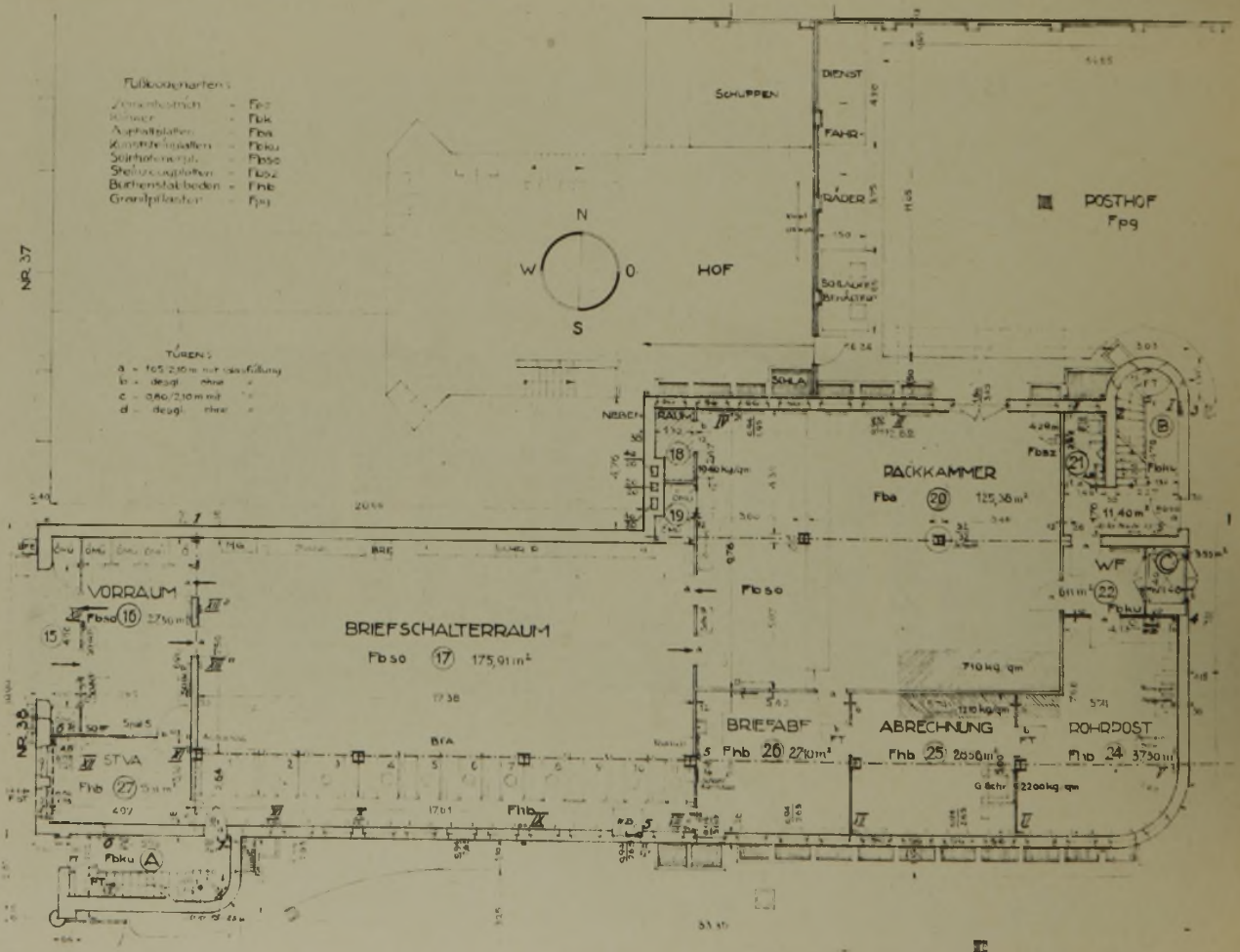
Posthaus in Siegburg. Haupteingang



Posthaus in Siegburg. Schalterhalle



Posthaus in Köln. Eingang der Schalterhalle



Postamt Berlin-Charlottenburg 4. Briefschalterraum, Ansicht und Grundriß



Posthaus Düsseldorf-Kaiserswerth. Schalterhalle

Aufnahme: Söhn



Posthaus Bad Braunlage

